

Nr. 70/2006

Energieverbrauch privater Haushalte weiter gestiegen

Umweltbundesamt: Einsparpotenziale besser nutzen

Private Haushalte gehen noch immer zu verschwenderisch mit Energie und Fläche um. Das belegen Zahlen aus der Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) des Statistischen Bundesamtes (Destatis), die heute auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Umweltbundesamt (UBA) in Berlin vorgestellt wurden. Danach ist der Energieverbrauch deutscher Haushalte für Wohnen von 1995 bis 2005 um 3,5 Prozent gestiegen. Neben zunehmenden Wohnflächen ist ein weiterer Grund hierfür die wachsende Ausstattung der Haushalte mit Elektrogeräten. UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge: „Sollte unser Energiehunger weiter wachsen, so könnten wir dem Klimawandel kaum begegnen. Wir müssen in Deutschland den gesamten Energiebedarf bis 2050 halbieren. Die privaten Haushalte können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.“ Auch beim erhöhten Flächenverbrauch ist keine Trendwende in Sicht: In den vergangenen zehn Jahren wuchs die Wohnfläche für private Haushalte um etwa 13 Prozent.

Vor allem beim Stromverbrauch sind die Potenziale zum Energiesparen bislang nur unzureichend ausgeschöpft: Allein die Leerlaufverluste bei Elektrogeräten – wie Fernsehern und Computern – betragen derzeit in den Privathaushalten 17 Milliarden Kilowattstunden (kWh) pro Jahr. Das entspricht Stromkosten von 3,3 Milliarden Euro. Schon ein einfach zugänglicher Netzschalter, der elektrische Geräte vollständig vom Stromnetz trennt, kann helfen, Leerlaufverluste zu vermeiden.

Auch bei der „Weißen Ware“ – zum Beispiel Kühl-Gefrierkombinationen, Waschmaschinen und Geschirrspüler – gibt es erhebliche Einsparpotenziale. Hier sind mit Hilfe effizienter Techniken jährliche Einsparungen in Höhe von sieben Milliarden kWh möglich, dies sind etwa 5,8 Prozent des Stromverbrauchs der Haushalte.

Um den Stromverbrauch der Elektrogeräte zu verringern, schlägt das Umweltbundesamt auf Ebene der Europäischen Union (EU) rechtlich verbindliche Effizienzstandards für diese Geräte vor. Diese Standards sollten sich nach dem durchschnittlichen Stromverbrauch des besten Viertels der auf dem Markt verfügbaren Geräte richten. Jeder Hersteller und Importeur müsste nach einer mehrjährigen Anpassungsfrist die Standards für seine Geräte einhalten. Erfüllte ein Hersteller die neuen Effizienzstandards innerhalb der Frist nicht, drohten – je nach Gestaltung des Gesetzes – ein Bußgeld und/oder ein Verkaufsverbot. Diese Lösung

Pressesprecher: Martin Ittershagen (verantwortlich)

Mitarbeiter/innen: Anke Döpke, Dieter Leutert, Fotini Mavromati, Theresa Pfeifer

Adresse: Postfach 1406, 06813 Dessau

Telefon: 0340/21 03-2122, -2827, -2250, -2318, -3927

e-Mail: pressestelle@uba.de

Internet: www.umweltbundesamt.de

lässt sich allerdings nicht im nationalen Alleingang durchsetzen; hier ist wegen des EU-Binnenmarkts eine EU-Regelung erforderlich.

Fast 60 Prozent des Energiebedarfs – vor allem für Raumwärme – lassen sich bei Wohngebäuden, die bis Ende der siebziger Jahre entstanden sind, einsparen. Die dazu notwendigen Investitionen, etwa zur Wärmedämmung oder zur Erneuerung der Heizungsanlage, amortisieren sich oft bereits in weniger als zehn Jahren. Bislang haben Vermieter jedoch kaum Anreize, in Energiespartechnik für ihre Wohnungen zu investieren. Der Grund: Vermieter können die Kosten für Energiespar-Investitionen im Allgemeinen nur mit jährlich elf Prozent auf die Kaltmiete umlegen. Um dieses „Investor-Nutzer-Dilemma“ aufzuheben, sollte der Gesetzgeber – ausschließlich für Energieeinsparinvestitionen – eine höhere Umlage als elf Prozent zulassen. Zum Schutz der Mieterinnen und Mieter müsste sie befristet und gestaffelt nach dem Einsparerfolg angelegt sein. Ferner sollte die Bundesregierung das „KfW-CO2-Gebäudesanierungsprogramm“ auch künftig in mindestens gleicher Intensität fortführen.

Eine entscheidende Ursache für den Anstieg des direkten Energieverbrauchs der Haushalte ist die Zunahme der Wohnfläche, die private Haushalte nutzen. Diese Entwicklung ist auch auf die demografischen Veränderungen zurückzuführen: Die Menschen werden immer älter; immer mehr ältere Bürgerinnen und Bürger leben allein. Die Zahl der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte wuchs zwischen 1995 und 2004 um jeweils zwölf Prozent. Der Energieverbrauch pro Haushaltsmitglied ist in einem Single-Haushalt nahezu doppelt so hoch wie in einem Drei- und Mehr-Personen-Haushalt.

Die Versorgung dieser Wohnungen mit Energie, der Bau und die Instandhaltung der Verkehrs- und sonstigen Infrastruktur für die Anbindung der Wohnungen an die Städte beanspruchen die natürlichen Ressourcen stark. Um diese zu schonen, sollte nach Meinung des UBA die Modernisierung bestehender Gebäude – vor allem in den Städten – Vorrang vor einem Neubau haben. Prof. Dr. Andreas Troge „Wir müssen mehr Wert auf die Entwicklung der Innenstädte und die energetische Modernisierung unserer Altbauten legen, anstatt weitere Bauten auf die ‚Grüne Wiese‘ zu setzen. Eine teure Infrastruktur mit langen Verkehrswegen, die immer weniger Menschen nutzen, können wir uns nicht mehr leisten.“

Weiterführende Informationen enthält das UBA-Hintergrundpapier „Wie private Haushalte die Umwelt nutzen – höherer Energieverbrauch trotz Effizienzsteigerungen“. Es steht unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/index.htm> kostenlos zum Download bereit.

Daten zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) des Statistischen Bundesamtes unter http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2006/ugr_2006b.htm.

Dessau, den 14.11.2006
(5.254 Zeichen)